Eidgenössische Finanzmarktaufsicht FINMA
Autorité fédérale de surveillance des marchés financiers FINMA
Autorità federale di vigilanza sui mercati finanziari FINMA
Swiss Financial Market Supervisory Authority FINMA

Medienmitteilung

Datum:
21. April 2026

Sperrfrist:
21. April 2026, 09.30 Uhr

Kontakt:
Patrizia Bickel,
Leiterin externe Kommunikation
Tel. +41 (0)31 327 93 19
patrizia.bickel@finma.ch

FINMA-Jahresmedienkonferenz 2026

Die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht FINMA legte an ihrer heutigen Jahresmedienkonferenz die Schwerpunkte ihrer Aufsicht im Jahr 2025 dar. Sie hat ihre proportionale und risikobasierte Aufsicht konsequent umgesetzt, die Resilienz der beaufsichtigten Institute gestärkt und einen Fokus auf die Früherkennung von steigenden Risiken bei den Beaufsichtigten gelegt. In ihrem Rückblick zeigte sie auf, wie sie die Kundinnen und Kunden des Schweizer Finanzplatzes im Berichtsjahr schützte.

Anlässlich ihrer Jahresmedienkonferenz hat die FINMA heute ihren Geschäftsbericht für das Jahr 2025 veröffentlicht. Weiter stellt die FINMA Statistiken sowie Angaben zu den Enforcementfällen auf ihrer Webseite zur Verfügung.

Stabilität in herausforderndem Umfeld

Die FINMA blickt auf ein weiteres Jahr mit erhöhten finanziellen und nicht-finanziellen Risiken zurück. Das volatile Umfeld akzentuierte sich weiter und brachte makroökonomische sowie geopolitische Spannungen mit sich. Die FINMA hat deshalb 2025 die Resilienz der beaufsichtigten Institute weiter gestärkt und einen Fokus auf die Früherkennung von steigenden Risiken bei den Beaufsichtigten gesetzt. Um die verstärkte Aufsichtstätigkeit noch wirksamer und effizienter wahrnehmen zu können, stellte sich die FINMA im Rahmen einer Reorganisation im Frühjahr 2025 neu auf.

Resilienz und Prävention: Kontrollen verhältnismässig umgesetzt

Die FINMA identifizierte im Berichtsjahr systemische und operationelle Risiken für den Finanzplatz und nahm bei den beaufsichtigten Instituten Kontrollen, Prüfungen, Stresstests sowie Datenerhebungen vor. Die Aufsicht führte im Jahr 2025 gezielt Vor-Ort-Kontrollen durch: 113 bei Banken (42 allein bei der UBS), 43 bei Versicherungen, 20 im Bereich Asset Management. Sie sind ein wichtiges Instrument, um Risiken frühzeitig zu erkennen. Die Vor-Ort-Kontrollen fanden gemäss dem proportionalen Aufsichtsansatz mehrheitlich bei Instituten der Aufsichtskategorien 1 bis 3 statt. Die Aufsicht über kleinere Institute oder solche mit einem erwiesenermassen geringeren Risiko erfolgte überwiegend datenbasiert, mit einer weniger umfangreichen Berichterstattungspflicht und nur einzelnen, gezielten Vor-Ort-Kontrollen. Weiter realisierte die FINMA Stresstests; bei

Schweizer Investmentfonds führte sie erstmals eigene Liquiditätsstresstests durch. Zudem trieb sie die datenbasierte, vorausschauende Aufsicht weiter voran. Wo die Stresstests 2025 zu unbefriedigenden Resultaten führten, ergriff die FINMA Massnahmen.

Bei den Banken führte die FINMA vermehrt gezielte Aufsichtsaktivitäten direkt bei den Instituten (Deep Dives) durch. Fokusthemen dabei waren Corporate Governance, Risikomanagement, Risikokultur und ein vertieftes Verständnis der Geschäftsmodelle. Im Rahmen der laufenden Aufsicht stellte die FINMA teilweise schwerwiegende Mängel fest. Sie forderte die betroffenen Banken auf, die Mängel unverzüglich zu beheben. Als Folge sprach die FINMA unter anderem in 14 Fällen einen institutsspezifischen Eigenmittelzuschlag, in sieben Fällen eine Einschränkung der Geschäftstätigkeit und ein Verbot aus, Übernahmen zu tätigen. In 15 Fällen wurde ein Enforcementverfahren eröffnet.

Die FINMA realisierte im Berichtsjahr auch grössen- und risikoabhängige Kapitalplanungsdialoge. Systemrelevante Banken mussten anhand von vorgegebenen Stressszenarien aufzeigen, wie sie negative Entwicklungen der Kapitalausstattung in einer simulierten Krisenlage mitigieren. Im Bereich der Liquidität kontrollierte die FINMA, ob sie die per Anfang 2025 wirksam gewordenen institutsspezifischen Zusatzanforderungen einhalten können. Und sie beurteilte die Stabilisierungs- und Notfallpläne der systemrelevanten Banken. Versicherungsgruppen mussten 2025 ihre Stabilisierungspläne erstmals obligatorisch abgeben, ihre Beurteilung folgt im Jahr 2026.

Cyber- und Outsourcingrisiken

Im Bereich der nicht-finanziellen Risiken stellten Cyberrisiken erneut ein Hauptrisiko dar. Bei fast der Hälfte der Cyberangriffe, die die Beaufsichtigten 2025 an die FINMA gemeldet hatten, waren Dienstleister und Outsourcingpartner als Angriffsziel betroffen mit direkten Auswirkungen auf die Beaufsichtigten. Die FINMA fordert von den Beaufsichtigten belastbare Krisenszenarien in den Bereichen Informations- und Kommunikationstechnologie sowie eine angemessene Cyberabwehr. Sie führte auch dezidierte Vor-Ort-Kontrollen bei Outsourcingpartnern durch, um sich in Bezug auf das Management der Lieferkette ein Bild zu machen. Im Berichtsjahr zeigte sich, dass bei einigen beaufsichtigten Instituten die ausgelagerten Funktionen nicht in allen Fällen ausreichend erfasst, dokumentiert und überwacht wurden.

Konsequente Aufsicht für Kundenschutz

Mit ihrer Aufsichtsarbeit setzte sich die FINMA 2025 konsequent für den Schutz der Anlegerinnen und Anleger, Gläubigerinnen und Gläubiger und Versicherten ein. So sorgte die FINMA bei Krankenzusatzversicherungen dafür, dass nur massvolle Prämienanpassungen vorgenommen wurden, und

erreichte in mehreren Fällen Prämiensenkungen bei den Krankenzusatzversicherern. Insbesondere in den Kantonen Genf und Waadt konnte die FINMA die Weiterführung intransparenter Abrechnungspraktiken von Kliniken und Ärzten verhindern, um die Versicherten in Zukunft vor überhöhten Leistungsabrechnungen zu schützen. Im Bereich Asset Management unterzog die FINMA im Jahr 2025 eine steigende Zahl von Vermögensverwaltern wegen verschiedener Mängel einer intensiven Aufsicht, wobei die Einhaltung von Verhaltensregeln im Bereich Suitability einen Schwerpunkt bildete. Auch im Rahmen der Bekämpfung von Greenwashing wirkte die FINMA darauf hin, dass Anlegerinnen und Anleger nicht getäuscht wurden.

Um dem gesetzlich verstärkten Kundenschutz im Bereich der Vermittleraufsicht Rechnung zu tragen, informierte die FINMA über die Anforderungen, die seit 2024 für Versicherungsvermittler gelten. Im Berichtsjahr lehnte die FINMA zahlreiche Gesuche um Registrierungen von nicht qualifizierten Vermittlern ab. Sie nahm überdies hunderte Hinweise auf potenzielles Fehlverhalten entgegen, beispielsweise zu Falschberatungen, eröffnete in 271 Fällen weitere Abklärungen und entfernte diverse Vermittlerinnen und Vermittler aus dem öffentlichen Register.

Die FINMA ist offen für Innovation. Sie bewilligte im Berichtsjahr das erste DLT-Handelssystem der Schweiz. Gleichzeitig schützt sie vor Missbrauch. Im Bereich Kryptowährungen setzte sich die FINMA konsequent für den Kundenschutz beim Erwerb, Handel und Transfer ein. So unterstützte sie die beabsichtigte Gesetzesänderung für einen effektiven Schutz der Gläubigerinnen und Gläubiger sowie der Anlegerinnen und Anleger. Sie wirkte auch darauf hin, dass die von der FINMA Beaufsichtigten, die solche Kryptodienstleistungen anbieten, die damit verbundenen operationellen Risiken, insbesondere die Risiken bei der Verwahrung von kryptobasierten Vermögenswerten, angemessen identifizieren und mitigieren.

55 abgeschlossene Verfahren – keine aktive Kommunikation möglich

Bei schwerwiegenden Regelverstössen von Beaufsichtigten intervenierte die FINMA entschlossen zum Schutz der Anlegerinnen und Anleger, Gläubigerinnen und Gläubiger sowie Versicherten. Die FINMA hat im Berichtsjahr über verschiedene Aufsichtsbereiche und Institutskategorien hinweg 55 Enforcementverfahren abgeschlossen. Bei diesen waren die momentan sehr eingeschränkten gesetzlichen Voraussetzungen für eine aktive Kommunikation nicht erfüllt oder die FINMA wurde gerichtlich daran gehindert zu kommunizieren. Die FINMA ist auch gegen unerlaubte Finanzmarkttätigkeiten gezielt vorgegangen. Gestützt auf Hinweise aus der Bevölkerung, von Behörden sowie aus ihrer Aufsichtstätigkeit eröffnete sie rund 450 Abklärungen gegen potenziell unerlaubt tätige Unternehmen und Personen. Zudem nahm sie über 300 Einträge auf ihrer Warnliste vor und

warnte damit vor potenziell unerlaubt tätigen Finanzmarktanbietern. Dies stellt einen Höchstwert dar.

Wachstum aufgrund neuer Aufgaben und Risiken

Die FINMA verstärkte 2025 ihre vertiefte und frühzeitige Aufsicht über den Finanzmarkt, was zu einem Ausbau der personellen Ressourcen führte. Tempo und Umfang des Wachstums ergeben sich aus neuen Aufgaben, neuen Themen und neuen Arbeitsweisen. So beaufsichtigt die FINMA seit 2024 neu rund 10'000 Versicherungsvermittler, Risiken nehmen zu oder akzentuieren sich. Zudem wird die FINMA vermehrt eigene Prüfungen vornehmen und zugleich die Abhängigkeit von externen Wirtschaftsprüfern reduzieren und diese mehr risikobasiert einsetzen. Die Zahl der unbefristeten Vollzeitstellen (FTE) betrug im Berichtsjahr durchschnittlich 617 FTE (Vorjahr: 554). Der unbefristete Personalbestand der FINMA wird auch in Zukunft dreistellig bleiben. Die Behörde setzt sich dabei zum Ziel, noch verhältnismässiger, effizienter und digitaler zu werden. "Unser Fokus liegt auf einer Aufsicht, die noch wirksamer, noch proportionaler und noch zukunftsgerichteter ist. Sie sorgt für widerstandsfähigere Institute, fördert verantwortungsvolle Innovation und leistet einen wichtigen Beitrag zur nachhaltigen Wettbewerbsfähigkeit sowie zur guten Reputation des Finanzplatzes Schweiz", sagte FINMA-Direktor Stefan Walter an der Jahresmedienkonferenz.

Die neuen Aufgaben und Themen sowie die Umsetzung der Lessons learned aus der CS-Krise führten bei der FINMA zu steigenden Aufwänden. Dies schlägt sich in den Betriebskosten nieder. Mit 172 Millionen Franken (Vorjahr 154) lagen die Betriebsaufwendungen im Berichtsjahr 18 Millionen Franken über dem Vorjahreswert. Der Gesamtaufwand wird mit Gebührenerträgen und Aufsichtsabgaben gedeckt. Die FINMA wird nicht durch Steuergelder finanziert.

Ausblick

Die FINMA setzt ihre Befugnisse zur Anwendung und Durchsetzung der Regulierung proportional und risikobasiert ein. Je kleiner das Institut und je geringer die Risiken, desto geringer ist die Aufsichtsintensität. Sie wird ihren Ermessenspielraum wo zweckmässig noch weiter nutzen. Nur das Zusammenspiel verschiedener Instrumente bietet den optimalen – wenn auch niemals absoluten – Schutz vor den derzeit wieder erhöhten Risiken. Bei rund 90 Prozent der Enforcementabklärungen setzt die FINMA den ordnungsgemässen Zustand innert rund drei Monaten wieder her. Doch bei den verbleibenden rund 10 Prozent dauert es länger und die FINMA stösst dort mit den heutigen Werkzeugen an rechtliche Grenzen. Für diese Fälle braucht es neue gesetzliche Befugnisse wie ein Verantwortlichkeitsregime, eine Bussenkompetenz sowie die Möglichkeit, öffentlich aktiver über

abgeschlossene Verfahren zu kommunizieren und frühzeitig eingreifen zu können.

Die FINMA setzt sich seit drei Jahren sowohl öffentlich als auch im Rahmen der Regulierungsarbeiten auf Stufe Bund für eine Stärkung der gesetzlichen Instrumente ein, wie sie im TBTF-Bericht des Bundesrates und auch im Bericht der Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) aufgenommen worden sind und empfohlen werden. "Durch gezielte gesetzliche Anpassungen zur Stärkung der Prävention sowie mit dem Einsatz von innovativen Technologien sind wir in der Lage, auch künftigen Anforderungen wirksam zu begegnen", betonte FINMA-Verwaltungsratspräsidentin Marlene Amstad an der Jahresmedienkonferenz.